

Gemeinsam schaffen wir's

- Musterrede zur Bundestagswahl
(Seite 2–15)

Minuspunkte der SPD

- Warum es mit der SPD nicht geht
(Seite 16–24)

Gemeinsam schaffen wir's

Musterrede zur Bundestagswahl

1. Ein neues Kapitel in der Weltgeschichte

In wenigen Wochen geht das Jahr 1990 zu Ende. Was war das für ein Jahr! 1990 wird in die Geschichtsbücher eingehen als das Jahr der Deutschen. 40 Jahre der Trennung sind überwunden. Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl gehören endgültig der Vergangenheit an. Alle Deutschen können jetzt in Freiheit leben.

In diesem Jahr wurde ein neues Kapitel in der Weltgeschichte aufgeschlagen: Das Scheitern des Sozialismus ist weltweit offenkundig geworden. Die Idee der Freiheit und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft werden zur Hoffnung auch für die Menschen Osteuropas.

Die Jahrzehnte des Kalten Krieges und der militärischen Konfrontation sind vorbei. Der Teufelskreis von Bedrohung und Abschreckung ist durchbrochen. Wann hatten wir Deutschen, wann hatte ganz Europa mehr Chancen, in Frieden und Freiheit zu leben? Die Idee der Freiheit macht es heute möglich, daß Schwerter zu Pflugscharen werden.

Zum zweiten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte hat sich die CDU in einer historischen Situation bewährt. Es war die CDU unter Konrad Adenauer, die mit ihren Entscheidungen für die Soziale Marktwirtschaft, für die West-Integration und für die europäische Einigung die Grundlagen für einen beispiellosen Aufstieg gelegt hatte.

Es ist die CDU unter Helmut Kohl, die die Einheit unseres Vaterlandes vollendet hat. Deutschland steht heute wieder vor einer neuen Epoche — nämlich am Beginn einer gemeinsamen, besseren Zukunft in Europa.

Die CDU hat sich über Jahrzehnte hinweg für ihr Festhalten am Ziel der Einheit beschimpfen lassen müssen. Man hat uns als „reaktionär“ und als

„nicht friedensfähig“ verunglimpft. Heute zeigt sich: Standfestigkeit zahlt sich aus. Ohne diese Standfestigkeit wäre 1990 nicht zum Jahr der Einheit geworden.

Die SPD hat in einer entscheidenden Frage des deutschen Volkes total versagt. Sie hat den Freiheitswillen der Menschen unterschätzt, die Einheit Deutschlands preisgegeben, sich an die SED-Machthaber angebedert und keinen einzigen konstruktiven Beitrag zur Einheit geleistet.

Mit der SPD gäbe es die Einheit nicht. Die Deutschen hätten keine gemeinsame Zukunft. Die SPD hat die Einheit nicht gewollt. Sie kann sie deshalb auch nicht gestalten.

Deutschland steht vor zwei zentralen Aufgaben:

1 Die Erblast des gescheiterten Sozialismus muß so schnell wie möglich überwunden werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß die Wirtschaft in Schwung bleibt, weil das die Voraussetzung für Wohlstand, soziale Sicherheit, aber auch für unsere ökologische Leistungsfähigkeit ist.

2 In einer Phase weltweiter Veränderungen muß auch das geeinte Deutschland außenpolitisch auf einem stabilen Kurs bleiben. Es geht um eine gute Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa.

Am 2. Dezember entscheiden Sie, die Wähler: Wem trauen Sie es eher zu, diese Aufgaben zu lösen: der CDU mit Helmut Kohl oder der SPD im Bündnis mit den Grünen?

2. Die Einheit können wir uns leisten – die SPD nicht!

Sozialismus — das war wie Krieg gegen das eigene Volk. Er hat ein total zerstörtes Land hinterlassen. Nichts macht dies deutlicher als die Umwelt-Katastrophe.

Die Böden in Ostdeutschland sind vergiftet. 30 Prozent der Gewässer sind ökologisch tot. 45 Prozent der Flüsse und Bäche sind für die Trinkwassergewinnung auch mit aufwendigster Technologie nicht mehr nutzbar. Der Schwefeldioxidausstoß ist dort pro Kopf zehnmal so hoch wie in Westdeutschland.

Während 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft wurde nicht nur Raubbau an der Natur betrieben, sondern auch die menschliche Gesundheit

rücksichtslos ausgebeutet. So liegt die Lebenserwartung in den fünf neuen Ländern bei den Männern 2½ Jahre und bei den Frauen 3½ Jahre unter dem EG-Durchschnitt. Im südlichen Industriegürtel liegen die Erkrankungen der Atemwege um 20 Prozent höher als in weniger belasteten Gebieten.

Viele Betriebe können sich international nicht behaupten. Vollbeschäftigung gab es im Sozialismus nur zum Schein. Jeder kann sich ein Bild davon machen, wie sehr Häuser und Stadtteile vom Verfall bedroht sind. Das Schienen-, Straßen- und Telefonnetz ist total veraltet.

Wer, wenn nicht die CDU, soll es eigentlich schaffen, mit den neuen Aufgaben fertig zu werden?

Wir haben allen Grund, den Wiederaufbau der neuen Bundesländer mit Zuversicht anzugehen. Unsere günstige wirtschaftliche Lage kommt uns jetzt zugute: Der Aufschwung im Westen Deutschlands geht bald in sein neuntes Jahr. Investitionen und Einkommen entwickeln sich gut. Handel und Industrie eilen von Rekord zu Rekord.

Die Lage der Bauwirtschaft nähert sich dem Bauboom der 60er Jahre. Unser Standort zählt wieder zu den ersten Adressen in der Welt. Die D-Mark gehört nach wie vor zu den international gefragtesten und härtesten Währungen.

Nie zuvor gab es mehr Arbeitsplätze in unserem Land. Wo stünden wir heute, wenn wir es in den vergangenen Jahren versäumt hätten, die notwendigen Reformen bei den Steuern, in der Renten- und Krankenversicherung und im Post- und Fernmeldewesen durchzusetzen?

Wann überhaupt hätten wir uns die Einheit leisten können, wenn nicht jetzt?

Stellen Sie sich einmal vor, die Chance der Einheit hätte sich 1982 ergeben: Damals hatte uns die SPD in die schlimmste Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit hineinmanövriert: Die Arbeitslosigkeit stieg rasant. Die Inflation fraß Lohn- und Rentenerhöhungen und Ersparnisse auf. Die Rentenversicherung stand vor der Zahlungsunfähigkeit. Das Gesundheitssystem stand vor dem Zusammenbruch, und dies trotz ständig steigender Beiträge.

Damals hätte uns die Einheit in der Tat überfordert.

Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft. Sie hat mit dem Geld der Bürger noch nie umgehen können.

Lafontaine kann noch nicht einmal seinen eigenen Landeshaushalt in Ordnung halten. Zur Lösung der Strukturprobleme an der Saar braucht er Milliarden von der Bundesregierung. Wie soll dieser Mann die

Strukturprobleme in den neuen Bundesländern lösen und die zweitgrößte Industrienation der Welt führen?

Unser Wohlstand basiert auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Wir müssen international wettbewerbsfähig bleiben, denn jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muß auch in Zukunft attraktiv bleiben.

Die deutsche Einheit ist das beste Investitions- und Beschäftigungsprogramm. In den neuen Bundesländern wird nach einer Übergangszeit kräftiges Wachstum erwartet. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß in ganz Deutschland bis zum Jahr 2000 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden.

Unserem Wachstumskonzept setzt die SPD ein Umverteilungskonzept entgegen. Die SPD mißtraut grundsätzlich der Kraft einer freien Wirtschaft. Sie will mehr Planung, mehr Lenkung, mehr Bürokratie. Ihre Allheilmittel sind höhere Steuern und Abgaben.

Wenn die SPD behauptet, nur Besserverdienende belasten zu wollen, dann betreibt sie ein unehrliches Spiel. Denn wenn man ihre Pläne einmal nachrechnet, stellt man schnell fest, daß bereits dem Facharbeiter in die Tasche gegriffen werden soll. Allein in den letzten vier Jahren sind 48 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne vorgelegt worden. Die SPD ist und bleibt die Steuererhöhungspartei.

Die CDU hat das Gegenteil gemacht. Sie hat die Steuern gesenkt und damit die Bürger um rund 50 Milliarden Mark im Jahr entlastet. Heute zahlt ein Durchschnittsverdiener 2000 Mark weniger Steuern als 1985. Das hätte es mit der SPD nie gegeben.

Jeder Autofahrer hier im Saal kann sich ausrechnen, was es ihn kosten würde, wenn der Benzin-Preis — so wie die SPD es plant — um bis zu 50 Pfennig je Liter steigen würde.

Und jeder Mieter und Hauseigentümer kann sich ausrechnen, wenn das Heizöl — so wie die SPD es plant — steigen würde.

Eines ist sicher: Die Einheit können wir uns leisten — die SPD nicht!

Daß die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht leicht zu bewältigen sind, ist jedem klar. Und daß dies auch Geld kostet, Opfer und Anstrengungen, bestreitet niemand. Um darauf hinzuweisen, braucht man nicht den Kanzlerkandidaten der SPD.

Bevor nicht ein Kassensturz gemacht worden ist, bevor nicht Schulden und Guthaben in den neuen Bundesländern auf dem Tisch liegen, sind alle Angaben über die angeblichen Kosten der Einheit unseriöse Zahlenspielerereien. Durch Aufaddieren und Hochrechnen auf größere Zeiträume kann man zu den absurdesten Ergebnissen kommen. Damit ist niemandem geholfen.

Die SPD kennt weder genaue Zahlen, noch weiß sie offenbar, was sie will. Will sie eine Ergänzungsabgabe für sogenannte Besserverdienende? Will sie eine höhere Mehrwertsteuer? Gilt das, was die SPD-Finanzexpertin Ingrid Matthäus-Maier sagt? Gilt das, was Schröder in Niedersachsen, Engholm in Schleswig-Holstein oder Wedemeier in Bremen sagen? Oder gilt das, was Lafontaine sagt?

Im übrigen: Will die SPD die Einheit vielleicht rückgängig machen, weil sie ihr zu teuer ist?

Jeder von uns weiß, daß wir für eine Übergangszeit vorrangig in den Wiederaufbau der neuen Bundesländer investieren müssen. Je schneller diese Länder wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen, um so eher werden sie in der Lage sein, sich selber aus eigener Kraft zu finanzieren. Und desto kürzer wird die Übergangszeit des Wiederaufbaus sein.

Jeder von uns weiß, daß es für diese Übergangszeit hier bei uns weniger zu verteilen gibt. Wir werden sparen und umschichten müssen. Alle Staatsausgaben gehören auf den Prüfstand. Wir müssen Prioritäten setzen.

Aber ich frage: Ist es denn wirklich unzumutbar, wenn bei uns, in einem der reichsten Industrieländer der Welt, wo die Bürger 2,8 Billionen Mark auf der hohen Kante liegen haben, der Wohlstand vorübergehend etwas weniger schnell wächst?

Es geht am 2. Dezember nicht darum, wer die Kosten besser schätzen, sondern wer die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme besser lösen kann.

Bei jeder Investition sind sowohl die Kosten als auch die Erträge zu betrachten. Die deutsche Einheit entfaltet eine zusätzliche wirtschaftliche Dynamik. Das sichert und schafft Arbeitsplätze in ganz Deutschland. Unsere Landsleute beim Wiederaufbau nach Kräften zu unterstützen, ist also nicht nur ein selbstverständliches Gebot der Solidarität, sondern auch eine lohnende Investition in unsere Zukunft.

Eine Investition in unsere Zukunft ist es, wenn wir der Sowjetunion helfen, die sowjetischen Soldaten rasch aus dem östlichen Teil Deutschlands zurückzuziehen und Glasnost und Perestroika wirtschaftlich und sozial

abzufedern! Investitionen in unsere Zukunft sind es auch, wenn wir Mittel- und Osteuropa finanziell unterstützen und damit die Demokratie stärken, wenn wir die Verschmutzung der Elbe und der Ostsee bekämpfen, wenn wir Milliarden für eine bessere Luft ausgeben und die Kernkraftwerke in Greifswald stilllegen!

3. Den bewährten Kurs fortsetzen

Nur wer von der Wirtschaft etwas versteht, kann auch volle Sozialkassen garantieren. Es besteht ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes und seiner sozialen Leistungsfähigkeit. Sozial kann nur diejenige Partei sein, die zugleich wirtschaftlich kompetent ist.

Das ist der Grund dafür, daß alle wichtigen Sozialgesetze der Bundesrepublik Deutschland von der CDU durchgesetzt wurden: zum Beispiel die bruttolohnbezogene dynamische Rente, der Familienlastenausgleich, das Betriebsverfassungsgesetz und die Montanmitbestimmung.

Die SPD hat diesen inneren Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nie begriffen. Sie wollte „die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft“ testen und übersah dabei, daß dadurch dem sozialen Netz schwerer Schaden zugefügt wird.

Die CDU hat mit ihrer Politik der Sozialen Marktwirtschaft die Voraussetzung dafür geschaffen, daß neue familienpolitische Leistungen möglich wurden.

Die SPD geht jetzt mit dem Wahlversprechen hausieren, für jedes Kind 200 Mark Kindergeld zahlen zu wollen. Diese Ankündigung kommt von der gleichen SPD, die jahrelang die Arbeit in der Familie nicht honoriert hat. Für sie ist es jetzt offenbar eine ganz neue Erkenntnis, daß auch Arbeit in der Familie gesellschaftliche Anerkennung und Förderung verdient. Jahrelang hatte die SPD aus ideologischen Gründen ausschließlich das Leitbild der berufstätigen Frau vor Augen.

Auf die familienpolitischen Zusagen der SPD kann man sich nicht verlassen. Die SPD spekuliert offensichtlich auf das kurze Gedächtnis der Wählerinnen: Jahrelang hat die SPD in ihrer Regierungszeit vom Babyjahr gesprochen. Es war die CDU, die Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie eingeführt hat. Es war die CDU, die die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht durchgesetzt hat.

Und ich erinnere daran: Es war die SPD, die in ihrer Regierungszeit den Kinderfreibetrag abgeschafft und das Kindergeld für das zweite und dritte Kind gekürzt hat.

Als Familienpolitiker ist Lafontaine nun wirklich nicht überzeugend: Im Saarland jedenfalls hat er Familienleistungen zusammengestrichen. Ein landeseigenes Erziehungsgeld hat er abgelehnt. Die Gründung einer Landesstiftung „Mutter und Kind“ wurde von ihm verhindert. Eheschließungs- und Geburtdarlehnen wurden einfach gestrichen.

Jetzt fordert die SPD ein einheitliches Kindergeld von 200 Mark, will aber gleichzeitig die Kinderfreibeträge wieder streichen. Das heißt: Was mit der einen Hand gegeben werden soll, wird den Familien mit der anderen wieder aus der Tasche gezogen. Familien aber brauchen beides: Kindergeld und Kinderfreibeträge. Kinderfreibeträge müssen sein, denn was eine Familie für den Lebensunterhalt braucht, darf nicht besteuert werden. Warum soll man denn zum Beispiel Versicherungsbeiträge oder Steuerberatungskosten von der Steuer absetzen können, aber Aufwendungen für Kinder nicht?

Wir werden unseren bewährten Kurs, der die Familien in den Mittelpunkt der Politik stellt, auch künftig fortsetzen:

In der nächsten Legislaturperiode werden wir den Familienlastenausgleich weiter ausbauen; Familien mit Kindern und Alleinerziehende sollen finanziell deutlich besser gestellt werden.

Darüber hinaus halten wir an dem Ziel fest, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub auf drei Jahre auszudehnen, sobald ein finanzieller Spielraum vorhanden ist. Dabei sollen die ersten zwei Jahre vom Bund, das dritte Jahr von den Ländern finanziert werden. Das Kindergeld — insbesondere für das erste Kind — wollen wir anheben.

4. Sicherheit und Geborgenheit

Deutschland soll nicht nur ein kinderfreundliches Land sein. Deutschland soll auch ein Land sein, das seinen älteren Bürgern Sicherheit und Geborgenheit gibt.

Es ist die Generation, die unser Land in den entbehrungsreichen Jahren der Nachkriegszeit wiederaufgebaut und durch ihren Fleiß den Grundstock für unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit gelegt hat.

Sie haben sich damit ein Anrecht erworben, im Alter sorgenfrei zu leben. Dazu gehören vor allem sichere Renten und eine ausreichende und bezahlbare medizinische Versorgung.

Gerade für sie, die älteren Mitbürger, war es wichtig, daß durch die Gesundheitsreform unser Gesundheitswesen vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde und daß durch Einsparungen sieben Milliarden Mark frei werden zur Unterstützung der häuslichen Pflege.

Mit der dynamischen Rente, die die CDU durchgesetzt hat, nehmen alle Rentner am Wohlstandszuwachs teil. Steigen die Löhne, steigen auch die Renten. Mit der Rentenreform haben wir dafür gesorgt, daß die Renten auch morgen sicher sind. Sie werden weiterhin pünktlich Monat für Monat kommen. Sie steigen zum 1. Juli 1991 voraussichtlich um 5,1 Prozent.

Die Rentner bitte ich: Lassen Sie sich nicht durch Neidparolen verunsichern. Wenn in Ostdeutschland die Renten zum 1. Januar 1991 um 15 Prozent angehoben werden, dann kann gar keine Rede davon sein, daß diese Rentner ungerechtfertigt bevorzugt werden. Auch sie haben ein Leben lang hart gearbeitet, haben schlechter gelebt, wurden um den Lohn ihrer Arbeit betrogen und müssen heute — nach 45 Versicherungsjahren — mit einer Rente auskommen, von der alleine viele nicht leben können.

Der Grundsatz, daß Rente Alterslohn für Lebensleistung ist, muß in Ost und West gleichermaßen gelten.

Die jungen Leute in Ostdeutschland können sich eine anständige Rente selbst erarbeiten. Die alten Menschen haben diese Chance nicht. Ihnen muß jetzt geholfen werden.

15 Prozent Rentenerhöhung klingt gewaltig. Aber führen Sie sich bitte die realen Beträge vor Augen: Wenn einem Durchschnittsrentner in Ostdeutschland die Rente um 15 Prozent angehoben wird, kommt er gerade mal auf 770 Mark. Wenn aber einem Durchschnittsrentner in Westdeutschland die Rente um 5 Prozent angehoben wird, liegt er bereits bei 1870 Mark.

Ähnliches gilt auch für Arbeitnehmer: Auch wenn die Löhne in Ostdeutschland derzeit stärker steigen als hier, so erhalten die Arbeitnehmer nur etwa 50 Prozent des Lohnes, den ihre Kollegen in Westdeutschland erhalten.

Weitere Lohnerhöhungen in Ostdeutschland müssen jedoch erst verdient werden. Lohnerhöhungen setzen eine Erhöhung der Produktivität voraus. Für Neidparolen besteht in der Tat kein Anlaß.

5. Neue Chancen für den Umweltschutz

Zu den vorrangigen Aufgaben in Deutschland gehört der Umweltschutz. Seit der umweltpolitischen Wende, die die CDU unter Helmut Kohl 1982 eingeleitet hat, wurden in der Bundesrepublik Deutschland Milliarden in den Umweltschutz investiert. Wir haben heute die schärfsten Umweltgesetze in Europa.

Die CDU hat das bleifreie Benzin, das Kat-Auto und Entschwefelungsanlagen in den Kraftwerken durchgesetzt. Als erstes Land der Erde werden wir bis 1995 die Produktion und den Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) einstellen. Die Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee haben wir unterbunden. Helmut Kohl hat sich als treibende Kraft beim Schutz des tropischen Regenwaldes erwiesen.

Wir konnten uns weltweit für mehr Umweltschutz einsetzen. Nur eins konnten wir nicht: Wir konnten die Elbe nicht wirksam schützen. Wir konnten nicht verhindern, daß die hochbelastete Luft, die von Mölbis und Bitterfeld herüberwehte, die Wälder im Harz, im Fichtelgebirge und anderswo sterben ließ.

Mit der deutschen Einheit hat der Umweltschutz in Deutschland neue Chancen. Jede Mark, die wir bereits in Dresden in die Wasserqualität der Elbe investieren, macht eine kostspielige Sanierung in Hamburg überflüssig. Auch hier gilt die alte Volksweisheit: Vorsorge ist besser als heilen — und im übrigen auch wesentlich billiger.

Mit den technisch unzureichend gesicherten Kernkraftwerken in der ehemaligen DDR mußten wir jahrzehntelang leben. Nach unseren Sicherheitsstandards hätten sie nie gebaut werden dürfen. Heute können wir sie vom Netz nehmen und stillegen. Die ökologische Sanierung der neuen Bundesländer kann zum Modell für Osteuropa werden.

Wir werden in unseren Anstrengungen für mehr Umweltschutz in Deutschland nicht nachlassen. Aber wir werden auch unseren ganzen Einfluß geltend machen, daß die internationale Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas, der tropischen Regenwälder, der Meere, der Antarktis und der Alpen vorangetrieben wird. Die neunziger Jahre müssen ein Jahrzehnt des internationalen Umweltschutzes werden.

Wir brauchen bei der Luftreinhaltung weitere Fortschritte. Entscheidend ist dabei das richtige Konzept.

Die SPD setzt am völlig falschen Hebel an. Sie will den Benzin-Preis drastisch erhöhen. Auto fahren soll vermiest werden.

Wir dagegen wollen Autofahrer belohnen, wenn sie Wagen fahren werden, die möglichst wenig Schadstoffe in die Luft blasen. Deshalb wollen wir nicht das Benzin, sondern den Schadstoffausstoß teuer machen. Deshalb soll die Kfz-Steuer sich künftig nicht mehr am Hubraum, sondern am Schadstoff orientieren. Die Kfz-Steuer soll wie eine Schadstoffsteuer wirken. Wer ein umweltfreundliches Auto fährt, zahlt weniger als derjenige, der die Umwelt belastet.

Das setzt auch die richtigen Impulse für die Automobilindustrie. Wer künftig keine schadstoffarmen Autos anbietet, wird auf seinen Autos sitzenbleiben. Dazu gehört auch, daß Motoren gebaut werden, die weniger Benzin verbrauchen. Wir bauen die besten Autos der Welt. Deshalb sind wir auch in der Lage, Autos zu bauen, die im Schnitt nicht mehr 9 Liter, sondern nur noch 5 Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Damit läßt sich auch viel Geld verdienen, weil Umwelttechnologie eine Zukunftsbranche ist. So schafft unser Konzept auch mehr Arbeitsplätze.

Das SPD-Konzept ist wohlstands- und beschäftigungsfeindlich: Denn höhere Energiesteuern belasten die Unternehmen. Das aber bedeutet: weniger Umweltforschung und -investitionen und weniger Investitionen in neue Arbeitsplätze.

6. Ansehen und Vertrauen in Ost und West

Es hat sich viel verändert in Deutschland. Aber auf eines möchte ich ausdrücklich hinweisen: Auch die Welt ist in Bewegung geraten.

So wichtig es ist, daß wir unsere inneren Probleme lösen — wir dürfen eines nicht übersehen: Über unsere Zukunft entscheidet wesentlich mit, was rings um uns herum in Europa und der Welt passiert.

Als Land im Zentrum des Kontinents mit den meisten Nachbarn sind wir wie kaum ein anderes Land auf gute Zusammenarbeit angewiesen.

Internationale Veränderungen wirken auf uns, als einer der größten Welthandelsnationen, unmittelbar zurück: auf wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit.

Wo immer in der Welt Konflikte entstehen, sind auch wir in Deutschland und Europa mitbetroffen. Gerade an das geeinte Deutschland richten sich in der Welt große Erwartungen. Deutschland muß ein Faktor der Stabilität bleiben. Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

Auch wenn wir in den letzten Jahren ein Maß an außenpolitischer Stabilität wie nie zuvor erreicht haben: Die Außenpolitik bleibt auch in Zukunft eine existentielle Frage für uns Deutsche.

Gerade die letzten Monate auf dem Weg zur deutschen Einheit haben gezeigt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Politik als berechenbar galt und ihr ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wurde.

Helmut Kohl genießt Ansehen und Vertrauen in Ost und West. Seine Politik muß fortgesetzt werden.

Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland war immer und bleibt auch künftig an der Seite der freiheitlichen Demokratien.

Zweitens: Der Fahrplan zum Europäischen Binnenmarkt muß eingehalten werden, denn er bietet allen Mitgliedstaaten der EG die Chance für mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und mehr soziale Sicherheit. Die Überwindung der deutschen Teilung wird sich als Motor der europäischen Einigung erweisen.

Drittens: Europa ist mehr als die EG. Wir wollen in guter Nachbarschaft mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas leben. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu. Durch die Gespräche Helmut Kohls mit Michail Gorbatschow haben die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität erhalten. Wenn Helmut Kohl und Michail Gorbatschow jetzt einen umfassenden Vertrag über gute Nachbarschaft und partnerschaftliche Zusammenarbeit schließen, dann ziehen wir einen Schlußstrich unter die leidvolle Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen in diesem Jahrhundert. Wir beginnen aber auch ein neues, besseres Kapitel in der Zusammenarbeit der Völker.

Wir Deutschen haben denjenigen, die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Polen, Ungarn und der ČSFR durchgesetzt und damit die friedliche Revolution im Osten Deutschlands mit ermöglicht haben, viel zu verdanken. Es liegt in unserem eigenen Interesse, wenn wir diesen Völkern

beim Aufbau ihrer Demokratien helfen und sie wirtschaftlich unterstützen. Nachdem Stacheldraht und Mauern in Europa überwunden sind, müssen jetzt die Wohlstandsgräben zugeschüttet werden.

Viertens: Wir haben die Chance, eine neue europäische Friedensordnung zu errichten. Zu solchen gemeinsamen Sicherheitsstrukturen gehören die USA, Kanada und die Sowjetunion hinzu. Helmut Kohl ist 1982 mit dem Ziel angetreten, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen. Seitdem ist viel erreicht worden:

- Alle Chemiewaffen sind von deutschem Boden verschwunden.
- Fast alle nuklearen Mittelstreckenwaffen, die in Deutschland standen, sind bereits verschrottet.
- Die Zahl der deutschen Soldaten wird von über 600.000 auf 370.000 verringert.
- Die sowjetischen Truppen werden bis spätestens 1994 vollständig aus Deutschland abgezogen.

Fünftens: Das größer gewordene Deutschland muß auch mehr Verantwortung in der Welt tragen. Es gibt keinen Rückzug in eine bequeme Nische der Weltpolitik. Es kann in der Welt keine Arbeitsteilung in der Form geben, daß sich die einen bequem zurücklehnen, während die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen. Deutschland muß auch daran mitwirken, Gefahren für den Weltfrieden rechtzeitig abzuwehren und Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie weltweit zu verteidigen.

Sechstens: Auch wenn wir in Deutschland vor großen Aufgaben und Belastungen stehen — wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den dramatischen Entwicklungen in den Armutsregionen der Welt. Der überwundene Ost-West-Konflikt lenkt unseren Blick frei auf den sich zuspitzenden Nord-Süd-Konflikt; er setzt auch Mittel und Kräfte frei, diesen Konflikt zu entschärfen. Internationale Solidarität wird zum Schlüsselwort künftiger Weltinnenpolitik.

Alle Industrieländer verspüren zunehmend die Auswirkungen der Armut in den unterentwickelten Regionen. Immer mehr Menschen suchen bessere Lebenschancen in den industrialisierten Ländern. Das schafft ganz neue Probleme, deren Ausmaß wir noch gar nicht überschauen. Die Probleme können nur gelöst werden, wenn alle Industrieländer verstärkt bereit sind, die Ursachen zu beseitigen, die zu diesen neuen Völkerwanderungen führen.

7. In schwierigen Zeiten die richtigen Entscheidungen

So wie 1949 die Weichen für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden, werden bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember die Weichen für die Zukunft des geeinten Deutschlands gestellt.

Der Wähler steht vor der Frage: Welche Partei kann Deutschland in eine gute Zukunft führen? Wer hat das bessere Konzept für Deutschland?

Überall in der Welt hat der Sozialismus versagt. Im Zentralkomitee der KPdSU wird über die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert; die SPD hingegen schreibt jetzt noch den demokratischen Sozialismus in ihr Grundsatzprogramm und beruft sich auf die „Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre“ als eine Wurzel ihrer Politik.

Die SPD hat den Sozialismus noch im Kopf. Deshalb würde mit der SPD der wirtschaftliche Aufschwung blockiert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland untergraben, Arbeitsplätze vernichtet und die soziale Sicherheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.

Nirgendwo ist das Scheitern der SPD deutlicher geworden als in der Deutschland- und Außenpolitik. Sie hat nicht die Kräfte der Freiheit, sondern der Unterdrückung gestärkt.

Wo wären wir heute, wenn sich die SPD mit ihren Forderungen nach Austritt aus der NATO und Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt hätte? Mit der SPD hätte es nicht diesen Abrüstungs- und Entspannungsprozeß gegeben, wäre die deutsche Einheit nicht erreicht worden, stünden wir heute international isoliert da.

Die CDU hat gezeigt, daß sie in schwierigen Zeiten die richtigen Entscheidungen trifft und durchsetzt:

- Es war die CDU, die 1948/49 die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat.
- Es war die CDU, die entschlossen die europäische Integration vorangetrieben und die Bundesrepublik in die Wertegemeinschaft des freien Westens geführt hat.
- Es war die CDU, die unbeirrt das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachgehalten und an dem Ziel der deutschen Einheit festgehalten hat, als andere dies längst aufgegeben hatten.

- Es war die CDU, die seit 1982 mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesrepublik aus der schwersten Wirtschafts-, Sozial- und internationalen Vertrauenskrise herausgeführt hat, in die uns die SPD gestürzt hatte.

Auf der Grundlage eines beispiellosen Wirtschaftsaufschwungs können wir heute im vereinten Deutschland unsere gemeinsame Zukunft aufbauen.

Die Entwicklung Deutschlands hat Auswirkungen auf die Stabilität in ganz Europa. Deutschland muß jetzt in der Innen- wie in der Außenpolitik einen klaren und berechenbaren Kurs halten. Es ist nicht die Zeit der Experimente.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Deutschland auf einen guten Weg gebracht. Dieser erfolgreiche Kurs muß fortgesetzt werden. Es gibt zur Politik der CDU keine vernünftige Alternative. Es geht um Deutschland, es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 2. Dezember wählen. Geben Sie Ihre Erst- und Zweitstimme der CDU. Mit Ihrer Erststimme wählen Sie mich. Mit Ihrer Zweitstimme entscheiden Sie über die Mehrheit im Deutschen Bundestag und darüber, wer Kanzler wird. Die Zweitstimme ist die Kanzlerstimme.

Helmut Kohl muß Kanzler bleiben!

Minuspunkte der SPD

Die Wahl am 2. Dezember stellt die Weichen für die Zukunft Deutschlands. Die Auswirkungen dieser Wahl reichen weit über eine Legislaturperiode hinaus. Jeder, der am 2. Dezember nicht zur Wahl geht, muß die Folgen bedenken, wenn Helmut Kohls Politik nicht fortgesetzt werden könnte: Deutschlands Zukunft würde von der SPD, den Grünen und von Oskar Lafontaine bestimmt.

- **Gerade jetzt kommt es darauf an, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Sie ist das A und O für Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft und kann nicht mit Geld umgehen.**
- **Es kommt darauf an, daß Deutschland auch in der Außenpolitik auf einem klaren und berechenbaren Kurs bleibt. Gerade in der Außenpolitik wären jetzt Experimente gefährlich für unsere Zukunft. Helmut Kohl gilt weltweit als zuverlässiger Politiker. Er genießt Vertrauen in Ost und West.**

Mit der SPD würde Deutschland am 2. Dezember einen Fehlstart erleben.

1. Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft

Überall in der Welt hat der Sozialismus versagt. Im Zentralkomitee der KPdSU wird über die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert; die SPD hingegen schreibt jetzt noch den demokratischen Sozialismus in ihr Grundsatzprogramm und beruft sich auf die „Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre“ als eine Wurzel ihrer Politik.

Mit dem „demokratischen Sozialismus“ haben wir in Ost und West schlechte Erfahrungen gemacht. Deutschland braucht keinen demokratischen Sozialismus, sondern die Soziale Marktwirtschaft.

In den 13 Jahren ihrer Regierung — von 1969 bis 1982 — hat die SPD die Bundesrepublik Deutschland in die größte Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit geführt:

- Arbeitsplätze wurden vernichtet: allein in den letzten beiden Jahren der SPD-Regierung 630.000.
- Die Preise stiegen im gleichen Zeitraum um 6,3 bzw. 5,3 Prozent. Die Inflation fraß Lohn- und Rentenerhöhungen und Ersparnisse auf.
- Die Rentenversicherung stand vor der Zahlungsunfähigkeit. Das Gesundheitssystem stand vor dem Zusammenbruch, und dies trotz ständig steigender Beiträge.

Die SPD hat die Bundesrepublik Deutschland, eines der leistungsfähigsten Länder der Welt, in die Krise geführt. Wie soll diese Partei den schwierigen Aufbau in den neuen Bundesländern schaffen?

Weil die SPD von der Wirtschaft nichts versteht, würde mit ihr der wirtschaftliche Aufschwung blockiert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland untergraben, Arbeitsplätze vernichtet und die soziale Sicherheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.

2. Wer, wenn nicht die CDU, soll eigentlich mit den neuen Aufgaben fertig werden?

Die CDU hat gezeigt, wie man die Wirtschaft in Schwung bringt. Seit 1982, seit Helmut Kohl Kanzler ist, befindet sich der Westen Deutschlands auf einem beispiellosen Erfolgskurs: die Wirtschaft wächst. Mit über 28 Millionen Beschäftigten wurde in den westlichen Bundesländern ein Nachkriegsrekord erreicht. Allein in den letzten zwölf Monaten wurden über 700.000 **zusätzliche** Arbeitsplätze — seit 1983 sogar über 2,1 Millionen — geschaffen. Die Einkommen sind so hoch wie nie.

Der Standort Deutschland zählt wieder zu den ersten Adressen in der Welt. Die D-Mark gehört zu den international gefragtesten und härtesten Währungen.

Wann überhaupt hätten die Deutschen sich die Einheit leisten können, wenn nicht jetzt? Wäre die Einheit 1982 gekommen, mitten in der von der SPD hinterlassenen Krise, dann hätte es wirklich Probleme gemacht, die Einheit zu finanzieren.

Die Erfolge im Westen zeigen: Helmut Kohls Wirtschaftspolitik muß fortgesetzt werden. Sie bringt Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in ganz Deutschland.

3. Lafontaine kann nicht einmal das Saarland ordentlich regieren

Lafontaine hat bewiesen, daß er von der Wirtschaft nichts versteht und mit Geld nicht umgehen kann. Seit fünf Jahren ist er im Saarland an der Regierung. Sein Landshaushalt ist völlig überschuldet. Zur Lösung der Strukturprobleme an der Saar braucht er Milliarden von der Bundesregierung.

Auch führende Genossen weisen auf die Inkompetenz des Kandidaten hin: Der ehemalige SPD-Arbeitsminister Herbert Ehrenberg bescheinigte Lafontaine eine „fatale Unkenntnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge“. (Saarbrücker Zeitung, 25. Juni 1988)

Wie soll dieser Mann die Strukturprobleme in den neuen Bundesländern lösen und die zweitgrößte Industrienation der Welt führen?

4. Auf die familienpolitischen Versprechen der SPD kann man sich nicht verlassen

Die SPD geht jetzt mit dem Wahlversprechen hausieren, für jedes Kind 200 Mark Kindergeld zahlen zu wollen. Sie spekuliert offensichtlich auf das

Vergessen der Wählerinnen: Jahrelang hat sie das Babyjahr versprochen. Aber: Es war die CDU, die Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie eingeführt hat. Und es war die CDU, die die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht durchgesetzt hat.

Die SPD hingegen hatte in ihrer Regierungszeit den Kinderfreibetrag abgeschafft und das Kindergeld für das zweite und dritte Kind gekürzt.

Jetzt fordert die SPD ein einheitliches Kindergeld von 200 Mark, will aber gleichzeitig den Kinderfreibetrag wieder streichen. Das heißt: Was mit der einen Hand gegeben werden soll, wird den Familien mit der anderen wieder aus der Tasche gezogen.

Im übrigen: Auch Lafontaine ist als Familienpolitiker nicht überzeugend: Im Saarland jedenfalls hat er Familienleistungen zusammengestrichen. Ein landeseigenes Erziehungsgeld hat er abgelehnt. Die Gründung einer Landesstiftung „Mutter und Kind“ wurde von ihm verhindert. Eheschließungs- und Geburtendarlehen wurden einfach gestrichen.

5. Nur wer etwas von der Wirtschaft versteht, kann auch auf Dauer soziale Sicherheit garantieren

Wußten Sie, daß alle wichtigen Sozialgesetze in der Bundesrepublik Deutschland von der CDU eingeführt wurden?

- ▶ das Betriebsverfassungsgesetz,
- ▶ die Montanmitbestimmung,
- ▶ das Bundesversorgungsgesetz,
- ▶ der Familienlastenausgleich,
- ▶ die bruttolohnbezogene dynamische Rente,
- ▶ Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,
- ▶ das Bundessozialhilfegesetz,
- ▶ das Jugendwohlfahrtsgesetz,

- ▶ der Lastenausgleich für zwölf Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge,
- ▶ das Arbeitsförderungsgesetz,
- ▶ das Ausbildungsförderungsgesetz.

Und seit 1982:

- Erziehungsgeld,
- Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie,
- Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente.

Die CDU ist der Garant für soziale Sicherheit.

6. SPD: die Steuererhöhungspartei

Jetzt, wo es darum geht, die Erblast von 40 Jahren Sozialismus zu beseitigen und die neuen Bundesländer aufzubauen, fällt der SPD wie immer eines zuerst ein: höhere Steuern und Abgaben.

Das war schon früher so: In den drei letzten Jahren ihrer Regierung, von 1980 bis 1982, kassierte sie bei den Bürgern noch einmal kräftig ab: insgesamt über 16 Milliarden Mark. Und allein in den letzten vier Jahren sind 48 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne vorgelegt worden.

Wenn die SPD heute behauptet, nur Besserverdienende belasten zu wollen, dann betreibt sie ein unehrliches Spiel. Denn wenn man ihre Pläne einmal nachrechnet, stellt man schnell fest, daß bereits dem Facharbeiter in die Tasche gegriffen werden soll.

Im übrigen weiß die SPD offenbar nicht, was sie will. Will sie nun eine Ergänzungsabgabe für sogenannte Besserverdienende, wie Lafontaine sagt? Oder will sie eine höhere Mehrwertsteuer, wie sie mittlerweile von den SPD-Ministerpräsidenten Schröder und Engholm sowie dem Hamburger Bürgermeister Voscherau und dem Bremer Bürgermeister Wedemeier vorgeschlagen wurde? Was gilt eigentlich in der SPD?

Die CDU hingegen hat die Steuern gesenkt und damit die Bürger um rund 50 Milliarden Mark im Jahr entlastet. Heute zahlt ein Durchschnittsverdiener 2000 Mark weniger Steuern als 1985.

Das hätte es mit der SPD nie gegeben.

Die SPD ist und bleibt die Steuererhöhungspartei.

7. Ökosteuer-Pläne der SPD: Auto fahren soll noch teurer werden

Mit ihrem Ökosteuerkonzept setzt die SPD auf die Erhöhung der Preise für Benzin, Heizöl und Gas. Jeder Autofahrer, Mieter und Hausbesitzer kann sich ausrechnen, was ihn das kosten würde.

Und dabei setzt die SPD auch noch am falschen Hebel an: Denn entweder wird weniger Auto gefahren, weil das Benzin teurer geworden ist. Dann fehlen der SPD die Steuereinnahmen, die sie anderweitig verplant hat. Und das bedeutet: ständige Steuererhöhungen oder steigende Staatsverschuldung.

Oder die Steuereinnahmen fließen wie geplant. Dann aber wird nicht weniger Auto gefahren. Die Umwelt wird nicht entlastet.

Die SPD will das Autofahren vermiesen. Die CDU dagegen will Autofahrer belohnen, wenn sie Wagen fahren, die möglichst wenig Schadstoffe in die Luft blasen. Deshalb wollen wir nicht das Benzin, sondern den Schadstoffausstoß teuer machen. Die Kfz-Steuer soll sich künftig nicht mehr am Hubraum, sondern am Schadstoff orientieren; die Kfz-Steuer soll damit wie eine Schadstoffsteuer wirken. Wer ein umweltfreundliches Auto fährt, zahlt weniger als derjenige, der die Umwelt belastet.

Das setzt auch die richtigen Impulse für die Automobilindustrie. Wer künftig keine schadstoffarmen Autos anbietet, wird auf seinen Autos sitzenbleiben. Die Deutschen bauen die besten Autos der Welt. Deshalb sind sie auch in der Lage, Autos zu bauen, die im Schnitt nicht mehr neun Liter, sondern nur noch fünf Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Damit läßt sich auch viel Geld verdienen, weil Umwelttechnologie eine Zukunftsbranche ist. So schafft das Konzept der CDU auch mehr Arbeitsplätze.

Das SPD-Konzept ist wohlstands- und beschäftigungsfeindlich: Denn höhere Energiesteuern belasten die Unternehmen. Das aber bedeutet: weniger Umweltforschung und -investitionen und weniger Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Die Ökosteuer-Pläne der SPD würden den Bürgern tief in die Tasche greifen, der Wirtschaft schaden und nichts für die Umwelt bringen.

8. Die SPD hatte die Einheit abgeschrieben

Auch wenn die SPD heute nichts mehr davon wissen will:

- Der SPD-Parteivorsitzende Vogel sprach noch im Oktober 1989 vom „leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgerede“; Brandt erklärte die Hoffnung auf Wiedervereinigung zur „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“; Bahr nannte sie „Lüge, Heuchelei, politische Umweltverschmutzung“.
- Jahrelang betrieb die SPD eine Politik der Anbiederung gegenüber der SED. Das gemeinsame Ideologiepapier von 1987, in dem man sich gegenseitig die Existenzberechtigung zusicherte, nannte Lafontaine noch 1988 „eine hervorragende Gesprächsgrundlage“.

Die SPD hatte die Einheit nicht gewollt. Deshalb kann sie die Einheit auch nicht gestalten.

9. Deutschland braucht jetzt einen Kanzler, der die Menschen eint und nicht trennt

Lafontaine macht den Menschen im Westen Angst, indem er ihnen einzureden versucht, ihnen würden durch die deutsche Einheit unerträgliche Lasten auferlegt.

Den Menschen im Osten will er einreden, für sie würde nicht genügend getan und ihre jetzigen Probleme seien erst durch die Einführung der D-Mark entstanden.

Lafontaine denkt nicht gesamtdeutsch. Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Volkskammerfraktion, Richard Schröder, mußte mahnen: „Der Kanzlerkandidat sollte umgehend aus der bundespolitischen Perspektive auf die gesamtdeutsche Perspektive umschalten.“ (Deutschlandfunk, 28. Mai 1990)

Lafontaine spaltet die Deutschen in einer Zeit, in der sie solidarisch zusammenstehen müssen. An Stelle der Mauer aus Steinen errichtet er eine Mauer aus Neid und Mißgunst.

10. Lafontaine hat kein Herz für Deutschland

Jeder hat in den letzten Wochen gespürt, daß Lafontaine sich über die deutsche Einheit nicht freut.

1949 hat der damalige SPD-Kanzlerkandidat Kurt Schumacher gesagt: „Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird.“

Was für ein Unterschied zwischen Lafontaine, dem Kanzlerkandidaten der SPD von 1990, und Kurt Schumacher, dem Kanzlerkandidaten der SPD von 1949!

11. Lafontaine hat die Einheit nicht gewollt

- 1985 wollte er die Deutschen in der DDR ausbürgern, als er eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft forderte.
- Der Zentralstelle in Salzgitter zur Erfassung der Menschenrechtsverletzungen durch das DDR-Regime entzog er die finanzielle Unterstützung des Saarlandes und forderte deren Schließung.
- Noch im September 1989 blieb Lafontaine bei seinem Kurs: „Wir reden mit Honecker und mit allen anderen Politikern in der DDR, solange wir das für richtig halten ... Nichts wäre fataler, als sich der Illusion hinzugeben, die SED habe schon abgedankt.“ (ZDF, 11. September 1989)
- Nach der Öffnung der Mauer forderte er, die Übersiedler nicht mehr aufzunehmen.

Und derselbe Lafontaine, der die Einheit nicht gewollt hat, will jetzt Kanzler des geeinten Deutschlands werden.

Theo Sommer schrieb in der Zeitung „Die Zeit“ (1. Juni 1990): „Lafontaine wäre wohl schon in normalen Zeiten der falsche Kanzlerkandidat. Heute aber sind die Zeiten nicht normal.“

Lafontaine ist ... der falsche Mann zur falschen Zeit.“

12. Die SPD ist auch außenpolitisch gescheitert

Wo wären wir heute, wenn sich die SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt hätte?

- Der Abrüstungs- und Entspannungsprozeß wäre nicht in Gang gekommen.
- Die Chemiewaffen wären nicht abgezogen, die nuklearen Mittelstreckenwaffen nicht verschrottet worden, die Zahl der deutschen Soldaten könnte nicht von über 600.000 auf 370.000 verringert werden und die sowjetischen Soldaten würden nicht aus Deutschland abgezogen werden.

Die SPD hat sich an die Seite der kommunistischen Unterdrücker gestellt und nicht an die Seite der Freiheit.

13. Deutschland kann sich keine außenpolitischen Experimente leisten

So wichtig es ist, daß wir unsere inneren Probleme lösen — wir dürfen eines nicht übersehen: Über unsere Zukunft entscheidet wesentlich mit, was rings um uns herum in Europa und der Welt passiert.

Auch wenn wir in den letzten Jahren ein Maß an außenpolitischer Stabilität wie nie zuvor erreicht haben: Die Außenpolitik bleibt auch in Zukunft eine existentielle Frage für uns Deutsche.

Gerade die letzten Monate auf dem Weg zur deutschen Einheit haben gezeigt, wie wichtig es war, daß die deutsche Politik als berechenbar galt und ihr ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wurde.

Lafontaine ist außenpolitisch unerfahren. Deutschland kann sich einen außenpolitisch unerfahrenen Kanzler nicht leisten.

Helmut Kohl genießt Ansehen und Vertrauen in Ost und West. Seine Politik muß fortgesetzt werden.